Land Salzburg
-Verfassungsdienst-
Postfach 527
5010 Salzburg

Salzburg, 05. August 2008

Betr.: Zahl 2001-LG-502/125-2008

Sehr geehrte Damen und Herren!

Entsprechend Ihrem Ersuchen nehmen wir wie folgt zum Entwurf der Änderung des Salzburger Landes-Polizeigesetzes Stellung bzw. bringen dazu Vorschläge ein.

Zu Seite -5- 2. Hundehaltung „Leinen- und Maulkorpfpflicht für Hunde - § 2g:

Die Leinen- und Maulkorpfpflicht samt den Ausnahmen sollte im ganzen Bundesland Salzburg einheitlich sein. Derzeit fahren Zum Beispiel Hundebesitzer aus der Stadt Salzburg, wo ja bekanntlich Leinenpflicht besteht, mit ihrem Hund in eine Umlandgemeinde, wo keine Leinenpflicht besteht.

Zu Seite -6- Absatz (4):


Seite -7- § 2i. Absatz (3):

Im vorletzten Absatz schlagen wir die Ergänzung wie folgt vor: „Ergibt die Prüfung Tatsachen, die den Verdacht rechtfertigen, dass vom Hund eine Gefahr für das Leben oder die Gesundheit von Menschen ausgeht, hat die Gemeinde unter Beziehung eines Sachverständigen oder einer Person eines Salzburger Hundevereines, festzustellen, ob der Hund gefährlich ist.
Seite -9- Haftpflichtversicherung § 2M.:

Der Abschluss einer Hundehaftpflichtversicherung sollte unbedingt für alle Hunde Pflicht sein. Bei der Anmeldung des Hundes hat der Hundefreiber eine Bestätigung seiner Versicherung vorzuweisen, dass der Hund eine Haftpflichtversicherung hat. Eine Gefahr geht von jedem Hund aus, wobei die Gefahr ja vielfältig und nicht nur das Beißen ist.

Seite -10- §2o Absatz (6):

Dieser Absatz ist ein Widerspruch zu Seite 8 Sachkunde § 2K, da dort genau aufgegliederte Vorschriften zur Sachkunde angeführt sind.

Zusätzliche Empfehlungen:

1. Die Zucht und Einführung der gefährlichen Hunde der Klasse I (sogenannte Kampfhunde) soll verboten werden. Zumindest sollte für die Zucht dieser Hunde eine vorherige behördliche Genehmigung notwendig sein.

Beachtenswert sind dazu die jährlichen Einnahmen aus der Hundehaltung, siehe dazu Seite 22 und 23 der anliegenden Hunde Fibel.

Wir hoffen damit einiges zur Sicherung der Hundehaltung beigetragen zu haben und stehen Ihnen bei Bedarf gerne zur weiteren Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Franz Franzwa
Obmann
KREUTZER FISCHER & PARTNER untersucht die volkswirtschaftliche Bedeutung der Hundehaltung.

**Hundehaltung spürt jährlich € 150 Mio. ins Budget**


Die öffentliche Diskussion zum Thema Hund pendelt zwischen Abneigung und Verniedlichung. Der Gesetzgeber sieht Hund zunehmend als Gefahr (Stichwort „Leinenzwang“) oder als Kostenverursacher (Stichwort „Hundekot“). Zumindest letzteres entspricht nachweislich nicht der Realität. Denn für die Beseitigung von Hundekot wird bundesweit jährlich nicht mehr als € 5 Mio. aufgewendet\(^1\). Dem gegenüber stehen Einnahmen aus der - nicht zweckgebundenen - Hundeabgabe von knapp € 9 Mio.

**Hundehaltung sichert jährlich 5.600 Arbeitsplätze**


**Einnahmen aus Steuern & Abgaben von € 160 Mio. stehen Ausgaben von € 11 Mio. gegenüber**


---

\(^1\) Erhebung bei 18 Gemeinden (alle Landeshauptstädte inkl. Wien) | Hochrechnung von KREUTZER FISCHER & PARTNER, Wien

\(^2\) Quelle: Institut „Sicher Leben“
Seit 1997 ist der Umsatz um 25% deutlich rascher gewachsen als die Gesamtwirtschaft. Vielmehr orientiert sich das Umsatzwachstum aus der Hundehaltung an der Einkommensentwicklung. Für 2004 erweist sich der Hundeschip als zusätzlicher Umsatzimpuls. Im Jahr 2003 (Gesamtumsatz € 322) entfielen etwa 52% des Umsatzes auf Tiernahrung (€ 167 Mio.), rd. 18% (€ 59 Mio.) auf Tierärzte und 13% (€ 43 Mio.) auf Tierartikel. Der Rest wird mit Hundezucht (8% bzw. € 27 Mio.), von Versicherungen, Vereinen, Hundeschulen etc. erwirtschaftet. Der Anteil der Hundeabgabe an den Ausgaben beträgt gerade mal 3%.

Mit den Einnahmen aus der Hundehaltung können 125.000 Kindergartenplätze finanziert werden.


"KREUTZER FISCHER & PARTNER, Marktanalyse Wien"
Studien-Autorin: Mag. Alexandra Wailzer | email: aw@kfundp.com | Tel: DW 11
Die Berechnung wurde mit aller gebotenen Sorgfalt - jedoch ohne Gewähr - erstellt.
(Die Clipart stammen aus dem BSH e.V. Archiv)

In Österreich fehlen genaue und zwingende Vorschriften zu der Hundehaltung!
Die entsprechenden Gesetze müssten für alle Bundesländer gleich sein.
Keine Ausnahme in einzelnen Bundesländern.

1. Entsprechende regelmäßige Informationen und Aufklärungen durch die Presse und Hunde-Vereine über die Anschaffung eines Hundes und den dazu bestehenden Verpflichtungen.
2. Zwingender Sachkundenachweis in der Haltung und Führung von Hunden aller Größen. *
6. Einführverbot für kupierte Hunde (Ohren und Rute).

* Mit der Anmeldung bei der zuständigen Gemeinde/Magistrat ist eine entsprechende Bestätigung eines Hundevereines und einer Versicherung vorzulegen.